

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Band: 95 (2001)
Heft: 5

Rubrik: Zeichen der Zeit : der 1. Mai und die Gewalt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Willy Spieler

Der 1. Mai und die Gewalt

Alle Jahre wieder... Es war immer dasselbe Ritual: Der offizielle Teil der Zürcher 1.-Mai-Feier verlief stimmungsvoll und mit kämpferischen Reden. Die Feier wurde jedoch überschattet durch die gewalttätigen Ausschreitungen einer «Nachdemo», die für die Medien weit «attraktiver» waren als die gehörten Reden. Dann begannen die Schuldzuweisungen, die der Rechten an das 1.-Mai-Komitee, an die Linke überhaupt, die der Linken an die Polizei, die sich völlig unverhältnismässig verhalten habe (was in der Regel auch zutrifft).

Dieses Jahr war vieles anders: Die SP und die Gewerkschaften gingen auf Distanz gegenüber dem 1.-Mai-Komitee. Es «kokettiere mit der Gewalt», hiess es in einer Fraktionserklärung der SP im Zürcher Kantonsrat. In der Tat unternimmt das Komitee zu wenig, um die gewaltsame «Nachdemo» zu verhindern, noch wählt es alle Rednerinnen und Redner so aus, dass sie die Ziele des *demokratischen Sozialismus* glaubwürdig vertreten.

Das Thema «*Sozialismus und Gewalt*», dem *Ragaz* 1919 seine vielleicht wichtigste Streitschrift widmete, erweist sich – leider – noch immer als aktuell. Dabei macht es gewiss einen Unterschied, ob Gewalt in *Zürich* oder in *Palästina* zur Diskussion steht. Doch beide Male gilt: Das Ziel einer gerechten und gewalt-

freien Gesellschaft muss sich auch in den Methoden widerspiegeln, mit denen es erreicht werden soll.

«Solidarische Menschen gehen aufrecht...»

In der erwähnten Streitschrift ging *Ragaz* vom Grundsatz aus, «dass Sozialismus und Anwendung von Gewalt einander aufs schärfste widersprechen». Es folgten die visionären Worte: «Wenn der Kapitalismus sich mit der Gewalt verbindet, so entspricht dies seinem Wesen, aber wenn der Sozialismus es tut, so ist es Abfall von sich selbst; es ist Untreue und Untreue ist Selbstauflösung. Sozialistischer Mörtel, der mit Gewalt angeührt wird, hält schlecht.»

Wie eine 1.-Mai-Kundgebung hierzulande dem *Ziel des demokratischen Sozialismus* durch gewaltsame Aktionen näher kommen könnte, ist unerfindlich. Im Gegenteil, eine machtvolle Demonstration mit Tausenden von Teilnehmenden für soziale Gerechtigkeit wird durch nichts, durch keine bürgerliche Schelte und kein Polizeiaufgebot, mehr diskreditiert als durch Gewalt aus den eigenen Reihen. Nichts verdrängt so sehr die politischen Inhalte wie die Bilder von zerbrochenen Fensterscheiben, aufgeschlitzten Pneus und brennenden Autos. Zu schweigen von den Gefahren für Leib und Leben, wenn Pflastersteine fliegen. Als an der «Nachdemo» zur Zürcher 1.-Mai-Kundgebung 1996 gar mit *Stahlkugeln* geschossen wurde, habe ich im Namen der SP-Fraktion im Zürcher Kantonsrat erklärt: «Der Weg zu mehr Gerechtigkeit ist in einem demokratischen Rechtsstaat niemals ein Weg der Gewalt. Das Ziel einer solidarischen, dem sozialen Frieden verpflichteten Gesellschaft muss sich auch in den Methoden widerspiegeln, mit denen es erreicht werden soll. Solidarische Menschen gehen aufrecht, ohne vermurmt Gesicht und ohne Stahlkugeln in der Hand.»

Wer sich an solchen Gewaltakten beteiligt, tut genau das, was «Agents

provocateurs» tun müssten, wenn sie von der «andern Seite» in den 1.-Mai-Umzug eingeschleust würden. Das «*Cui bono?*», also die Frage, wem solche Ausschreitungen nützen, ist leider nur zu eindeutig zu beantworten. Schon tauchen auch rechtsextreme Jugendliche an der Zürcher 1.-Mai-Kundgebung auf. Gewiss haben sie hier nichts zu suchen. Wenn sie sich angezogen fühlen, dann durch eine Gewalt, die ihnen weit besser entspricht als jenen, denen der 1. Mai gehört.

Ich spreche nicht von «*Chaoten*». Das Wort sollte genauso gebannt werden wie dasjenige von den «*Bullen*». Solche Wörter sind an sich schon gewalttätig, indem sie bestimmte Gruppen von Menschen zum Freiwild erklären. *Gewalt beginnt beim bösen Wort*. Das sollte ein ethischer Grundsatz sein, gerade auch für Sozialistinnen und Sozialisten.

Wie demonstrieren? 1912 hat Ragaz sich vom damaligen *Zürcher Generalstreik* bewegen lassen, weil dieser – von der Bahnhofstrasse bis nach Aussersihl – gewaltfrei verlief und übrigens auch unter einem strikten Alkoholverbot stand. Die Arbeiter, die durch Streikbrecher und ein Verbot der Streikposten provoziert wurden, demonstrierten ruhig und diszipliniert. Ragaz sprach von einem «Wunder» und meinte: «Der Geist einer sittlich gebundenen Freiheit hat die Massen ergriffen.» Und: «Es ist doch etwas Gros-ses, wie dieser Tag unserer Gesellschaft ein Stück Zukunft vor Augen führt, jener Zukunft, wo die *Arbeit* gilt und nicht das *Geld*.»

Mit destruktiver Gewalt können *keine konstruktiven Energien* geweckt werden, schon gar nicht im Bürgertum, zu dessen Repräsentanten der frühe Ragaz noch gehörte. Das trifft heute nicht weniger zu. Gewalt schadet all jenen, die eine Gesellschaft wollen, in der «die *Arbeit* gilt und nicht das *Geld*».

Leila Khaled

Wie aber verhält es sich mit den friedli-

chen Methoden des Kampfes, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse alles andere als friedlich sind, die *Menschenrechte verletzt* werden, von einem demokratischen Rechtsstaat nicht die Rede sein kann? Dass «die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechts geschützt werden müssen, wenn nicht die Menschen zum Aufruhr gegen Tyrannei und Unterdrückung als letztem Mittel greifen sollen», heisst es in der Präambel zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948. Es steht uns denn auch nicht an, Menschen zu richten und zu verurteilen, die in einer solchen Situation Gewalt anwenden. Aber sollen wir uns mit ihnen auch schon solidarisch erklären, sie auf ein 1.-Mai-Podium holen, ihrer Rede applaudieren?

Mit der Wahl von Leila Khaled als diesjähriger *1.-Mai-Rednerin* hat das 1.-Mai-Komitee einen *Fehlgriff* getan, der die Linke spaltete, statt sie im gemeinsamen Kampf gegen die fatalen Folgen neoliberaler Globalisierung zu einen. Die SP-Fraktion im Zürcher Kantonsrat protestierte in einer weiteren Erklärung gegen diesen Auftritt der als Flugzeugentführerin bekannt gewordenen Frau: «Die Einladung wäre unbedenklich, wenn Frau Khaled das Recht des palästinensischen Volkes auf seine Selbstbestimmung in einem eigenen Staat vertreten würde. Bedenklich sind jedoch die Mittel der Gewalt bis hin zu Flugzeugentführungen, die Frau Khaled in der Vergangenheit angewendet hat. Bedenklich ist vor allem, dass Frau Khaled, die heute Mitglied des palästinensischen Parlaments ist, sich noch immer nicht von diesen terroristischen Methoden distanziert (vgl. *The Guardian*, 26.01.01).» Im nachhinein hat sich herausgestellt, dass Frau Khaled nicht einmal bereit ist, auch nur das *Existenzrecht Israels* anzuerkennen (vgl. *Vorwärts*, 6. April).

Die Erklärung hat in der Folge viel Zustimmung ausgelöst, auch dazu beigetragen, dass die Kundgebung fast unter Ausschluss der SP stattfand. Verein-

zelt wurde jedoch massive Kritik laut. Die WOCHENZEITUNG (5. April) reagierte verärgert, wo doch Palästina und Israel «am Rande eines Krieges» lebten. Weiter heisst es: «Doch der religiös-sozialistische Genosse Willi Spieler, der die Erklärung der SP im Kantonsrat verlas, würde selbst den israelisch verummten Mörderbanden noch die andere Wange hinhalten. Und seine Mission scheint es zu sein, den Rest der Welt zu überzeugen, das auch zu tun.»

Nein, niemand soll die Rolle des Märtyrers spielen müssen. Aber die Weigerung, «die andere Wange hinzuhalten», besteht ja nicht zwingend in *Flugzeugentführungen*. Oder in *Selbstmordkommandos*, die sich in Israels Städten gegen unschuldige Menschen richten. Oder in der Aberkennung des Existenzrechts Israels, was auf neues Unrecht bis hin zur Vernichtung des jüdischen Staates hinauslief. Als ob es nicht auch palästinensische *Friedensfrauen* gäbe, die ethische und erst noch intelligentere Methoden des Widerstandes kennen und anwenden. Ich denke an unsere Freundin *Sumaya Farhat-Naser*. Ist es wirklich die Aufgabe der Linken in der Schweiz, jene Kräfte zu unterstützen, die zur Eskalation der Gewalt beitragen? Wenn wir uns schon einmischen, warum dann nicht zugunsten der Kräfte des Friedens – auf beiden Seiten? Was ist das für ein 1.-Mai-Komitee, das sich durch Bombenterror mehr beeindrucken lässt als durch gewaltfreien Widerstand!

Die WoZ kann auch nicht verstehen, dass ich zwar *Auslandeinsätze der Schweizer Armee* befürworte, nicht aber den gewaltsamen Widerstand in Palästina. Ja, der Kommentator meint, mich als «Selektiv-Gewaltlosen» an den Pranger stellen zu müssen. Dass es bei Militäreinsätzen nach UNO-Mandat um eine *Minimierung* und nicht um eine Eskalation der Gewalt gehen sollte, ist meinem Kritiker offenbar nicht begreiflich zu machen. Dass die Seite, auf der Leila Khaled steht, ebenso bedenkenlos an der

Spirale der Gewalt weiterdreht wie Sharon und Co. auf der andern Seite, müsste doch eigentlich einleuchten. Und beide haben das Völkerrecht gegen sich – ganz im Gegensatz zu Einsätzen unter dem Mandat der UNO. Ja, eine UNO mit mehr Autorität wäre auch eher in der Lage, den Menschenrechten im Nahen Osten Respekt zu verschaffen. Auch mit einer internationalen Friedenstruppe, wie sie eben ein israelischer Kolumnist im Tages-Anzeiger (8. Mai) zum Schutz vor Gewalt auf beiden Seiten fordert.

Eine andere Kritik bekam ich von *Christian Jordi* im Vorwärts (27. April) zu hören. Er wirft mir vor, dass ich ein «wohlwollendes Gespräch» mit *Fernando Gabeira* im Januarheft der Neuen Weg geführt habe, obschon dieser zu Zeiten der Militärdiktatur an der Entführung des US-Botschafters in Brasilien beteiligt gewesen sei. Der Genosse übersieht, dass Gabeira sich heute von den damaligen Gewaltmethoden distanziert und sogar sagt: «Der gewaltsame Widerstand gab der Diktatur eine eigene Legitimität... Ohne unseren bewaffneten Widerstand hätte die Diktatur vielleicht nicht so lange gedauert, wie das leider der Fall war.» Im Gegensatz zu Khaled und allen, die meinen, den Konflikt zwischen Israel und Palästina mit brutaler Gewalt austragen zu müssen, hat Gabeira eingesehen, dass die Spirale der Gewalt auch eine Spirale der *Legitimation der destruktiven Kräfte* auf beiden Seiten bedeutet.

Nein, so sehr ich mir *erklären* kann, warum und wie diese Gewalt im Nahen Osten entsteht, so wenig kann ich sie damit auch schon *rechtfertigen*. Ich muss sie deswegen nicht pharisäerhaft verurteilen, wie Christian Jordi mir ebenfalls vorwirft. Aber ich muss mich mit ihr auch nicht *solidarisieren*, ihr schon gar nicht *applaudieren*. Ich konnte darum nicht anders, als der diesjährigen 1.-Mai-Kundgebung in Zürich fern bleiben. ●